

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a. Fernruf: P 7. Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin, Nr. 8460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.)

NUMMER 89 A

BERLIN • Sonnabend, den 16. April 1932

1. JAHRGANG

Die verelendete Theorie.

Ein kritisches Nachwort zum Krisenkongreß.

Von Hellmut Rauschenplat.

Stegerwalds Rolle.

Die freien Gewerkschaften haben schon durch die bloße Ankündigung, daß sie auf einem Krisenkongreß die Frage der Arbeitsbeschaffung behandeln wollten, eine Wirkung erzielt: Man spricht heute über die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung, und nicht nur in den Kreisen der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Bekanntlich haben auch die anderen Gewerkschaftsrichtungen Arbeitsbeschaffungsprogramme veröffentlicht. Der Reichswirtschaftsrat und das Reichsarbeitsministerium haben sich mit der Frage der Arbeitsbeschaffung beschäftigt.

Bei der gegenwärtigen Ausschaltung des Reichstages kommt im Augenblick alles darauf an, welche Haltung die Reichsregierung zur Frage der Arbeitsbeschaffung einnimmt, zu welcher Haltung sie gezwungen wird. Es war also wichtig, welchen Eindruck der Krisenkongreß der Gewerkschaften auf den anwesenden Vertreter der Reichsregierung, den Arbeitsminister STEGERWALD, machte. In richtigem Gefühl dafür wurde STEGERWALD von vielen Delegierten immer wieder in der Diskussion persönlich angedeutet, mit Vorwürfen und Forderungen.

STEGEWALD führte eine schlechte Sache. Ihm eine überlegene Antwort zu geben, wäre leicht gewesen. Daß sie auf dem Krisenkongreß nicht gegeben wurde — in kräftiger Sprache und überzeugender Form —, ist tief bedauerlich im Interesse der Gewerkschaften und im Interesse der Arbeitermassen, die den Gewerkschaften die Vertretung ihrer Rechte anvertraut haben.

STEGEWALDs Rede auf dem Krisenkongreß wird von der „Germania“, die während der Herrschaft eines Zentrums-Kanzlers die Rolle eines Regierungsorgans einnimmt, in großen Buchstaben eine „mutige Rede“ genannt. Es gehörte, wie sich zeigte, leider kein Mut dazu, vor diesem Kongreß über Lohnsenkungen zu sprechen, ihm zweitens zu dem einzigen Tagungspunkt nur die kümmerliche Zusage der Regierung zu geben, über die Arbeitsbeschaffung in kleinerem Kreise zu diskutieren, und drittens das theoretische Fundament der Krisenerklärung der Gewerkschaften anzugreifen.

Welche Antwort erhielt Stegerwald?

Seine Forderung, manche Löhne nach unten „anzugleichen“, wurde scharf zurückgewiesen. Doch wurde die Reichsregierung nicht öffentlich darauf festgenagelt, daß der Kanzler den Gewerkschaften nach der Notverordnung vom 8. Dezember zugesagt hatte, „darauf zu achten, daß der jetzige Stand von Löhnen und Gehältern nur bei einem entsprechend tief gehaltenen Stande aller Preise aufrechterhalten bleiben kann“. Die „neue Lage“, von der BRÜNING damals geschrieben hat, ist heute da. STEGERWALD hätte gezwungen werden müssen, zu dem damaligen Versprechen des Kanzlers Stellung zu nehmen.

Was STEGERWALD an sehr wenig greifbaren Zusicherungen in der Frage der Arbeitsbeschaffung machte, wurde von TARNOW „wohlwollend“ ausgelegt und gedeutet, damit den Delegierten und den Kollegen, die auf Ergebnisse des Kongresses warten, diese Ergebnisse nicht allzu mager vorkommen. Aus dem gleichen Grunde mußte der Kollege Ministerpräsident OTTO BRAUN ans Rednerpult, um die Geister nach der Enttäuschung über STEGERWALDs Rede etwas aufzumuntern. — Das war sicher nicht der richtige Weg, bei der Reichsregierung etwas durchzusetzen, und auch nicht der richtige Weg, um die Arbeitermassen an die Tätigkeit der Gewerkschaften zu fesseln.

Die mangelnde Kraft gegenüber den Lohnabbauforderungen und gegenüber der Ablehnung der Gewerkschaftsvorschläge zur Arbeitsbeschaffung liegt sicher zu einem erheblichen Teil darin, daß die Gewerkschaften, namentlich ihre Führung, des Kampfes entwöhnt sind, z. B. durch das Schlichtungswesen, durch Anlehnung an die SPD und den preußischen Regierungsapparat. Es liegt aber auch daran, daß ihre ökonomische Theorie unzureichend und brüchig ist.

Das theoretische Rüstzeug der Gewerkschaften.

Aus der MARXschen Rüstkammer haben die Gewerkschaften zwei theoretische Hauptstücke entnommen, die weitgehend von einander unabhängig sind: Den richtigen Gedanken, daß mangelnde Massenkaufkraft die Ursache der Krise ist, daß also die Krise durch Beschneidung der Massenkaufkraft verschärft und durch Stärkung der Massenkaufkraft gemildert wird. Ferner die Hoffnung, daß die Entwicklung dazu führt, daß der Staat immer mehr und immer tiefer in das Wirtschaftsleben eingreift, und die Ueberzeugung, daß diese Eingriffe auch zum Besten der Arbeiterschaft dienen. Man glaubt, die erhoffte Entwicklung bestätigt zu finden darin, daß kapitalistische Regierungen ihren kapitalistischen Auftraggebern eine Hilfe nach der

Streik und Aufruhr.

5000 Textilarbeiter im Streik.

k Paris, 15. April.

In Vienne, dem Mittelpunkt des südfranzösischen Textilgebietes, befinden sich fast 5000 Textilarbeiter seit über einem Monat im Streik, weil sie die ihnen unterbreiteten Lohnbedingungen nicht angenommen haben. Verschiedentlich ist es bereits zu sehr schweren Zusammenstößen zwischen den Streikenden und der Polizei gekommen. Erst am Donnerstag sah sich die Polizei gezwungen, wieder 15 Verhaftungen vorzunehmen. Die Arbeitsbörse mußte wegen der dauernden Unruhen ebenfalls geschlossen werden. Die Streikleitung hatte am Montag den Arbeitgebern neue Bedingungen unterbreitet, unter denen sie bereit seien, die Arbeit wieder aufzunehmen. Da diese Bedingungen von den Arbeitgebern abgelehnt wurden, wurde die Fortsetzung des Streiks beschlossen.

Nach den Straßenkämpfen bei Brüx.

j Brüx, 14. April.

Am Donnerstag herrschte im ganzen Brüxer Gebiet Ruhe. Die Beerdigung der Opfer der Zusammenstöße soll am Sonnabend stattfinden. Die Streikleitung hat bei den Behörden um die Erlaubnis eines Massenbesuchs dieser Beerdigung nachgesucht. Es ist aber zweifelhaft, ob die Erlaubnis dazu gegeben wird und ob die Beerdigung der Opfer überhaupt in Brüx stattfinden darf. Der Streik der Bergarbeiter ist vollständig. Die Schutzleute sind überall in die Gruben eingefahren. In den Fabriken wird aber gearbeitet, so daß der kommunistische Generalstreik als gescheitert anzusehen ist. Militär und Gendarmerie patrouillieren durch die Straßen der Stadt. In Brüx und Komotau wurden etwa 200 Personen wegen Teilnahme an den Kundgebungen am 13. April verhaftet.

Die Kämpfe um Brüx und Komotau fanden ihr Echo im Prager Parlament. In der Sitzung am Donnerstag kam es zu heftigen Angriffen der Kommunisten auf die Sozialdemokraten. Der Tumult steigerte sich, als der Innenminister SLAVIK es unternahm, das Vorgehen der Polizei zu rechtfertigen.

AUS DEM INHALT:

Aus Klagges Reich.

Nach dem SA-Vot.

Utopie oder Wissenschaft?

Kirche und Geschäftemacher.

Lenins Ankunft in Petrograd.

Gefängnis für streikende Seeleute.

Arbeitslosenaufstand in Neuseeland.

Der Bürgermeister am Rundfunk.

z Wellington, 14. April.

In Auckland (Neuseeland) brachen am Donnerstag große Arbeitslosenunruhen aus, wobei sämtliche Fensterscheiben in den Hauptgeschäftsstraßen zertrümmert wurden, viele Läden wurden vollkommen ausgeplündert. Zunächst zog ein Trupp von Beamten durch die Straßen, um eine Kundgebung gegen die neue Lohn- und Gehaltskürzung in Höhe von 10 Prozent zu veranstalten. Nach und nach schlossen sich viele Arbeitslose an, so daß der Zug auf mehrere tausend Personen anwuchs, als er die Hauptgeschäftsstraßen erreichte. Plötzlich begannen Arbeitslose die Schaufenster einzuwerfen. In kurzer Zeit war im Zentrum der Stadt kein Fenster mehr ganz. Darauf stürmte die Menge mit lautem Geschrei die Geschäfte und plünderte sie.

Nachdem die Polizei vollkommen in die Enge getrieben worden war, wurden sämtliche Matrosen eines im Hafen liegenden Übungskreuzers an Land befohlen, um die Ordnung wiederherzustellen. Auch die Feuerwehr wurde zu diesem Zweck eingesetzt. Der Bürgermeister forderte die Bürger im Rundfunk auf, sich auf den Polizeistationen zu versammeln und eine Bürgerwehr zu bilden. Erst nach vier Stunden konnte die Ruhe wiederhergestellt werden.

Mehrere hundert Zivilisten und 23 Schutzleute wurden verletzt, zum Teil schwer. Der Sachschaden beträgt eine halbe Million Mark.

Japans Mandschurei-Herrschaft gefährdet.

Die Lage in der Mandschurei verschärft sich von neuem. Der Aufstand der mandschurischen Bevölkerung gegen das Schattenregime von PUJI wird immer deutlicher zu einem Kampf gegen die Japaner, die hinter dieser Regierung stehen. Japanische Regierungsvertreter sind nach Charbin abgereist, um die Lage zu verfolgen. Der Bombenanschlag, der vor wenigen Tagen auf einen japanischen Militärzug gemacht worden ist, bei dem elf Japaner getötet und eine größere Zahl schwer verletzt wurde, wird von den Japanern auf das Treiben von Sowjetrussen geschoben. In Moskau sieht man die Lage wieder als äußerst ernst an, da anscheinend Anstrengungen ge-

macht werden, auf den Druck von Japan hin alle Russen aus der Mandschurei zu vertreiben, was schon mit dem Mitbestimmungsrecht Rußlands an der Eisenbahn zum Konflikt führen muß.

Nach der „United Press“ soll in einem Teil der Mandschurei die chinesische Flagge gehißt worden sein, und General MA die Unabhängigkeit dieser Provinz von der Mandschurei erklärt haben.

In Lojang trägt noch die Kuomintang. Sie hat beschlossen, gegen Tschang Hsue Iang ein Verfahren wegen Landesverrats einzuleiten auf Grund seines Verhaltens während seiner Verwaltungstätigkeit in der Mandschurei.

anderen zukommen lassen. Die Hoffnung geht dahin, daß der Staat die angebliche Anarchie der Marktwirtschaft immer mehr ersetzt durch Planwirtschaft. Die Forderungen gehen daher auf Kartellkontrolle, Bankenkontrolle, Außenhandelskontrolle u. s. w.

Es ist nun ganz offenbar, daß die Verstrickung in planwirtschaftliche Hoffnungen Gewerkschaftsvertreter daran hindert, sich die Zustände von heute mehr als nur äußerlich anzusehen und die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu studieren. Wenn etwas schief geht in der Wirtschaft, so ist die Erklärung dafür bei Anhängern der Planwirtschaft stets furchtbar einfach: Das kommt von der Anarchie der Wirtschaft; der Staat muß mehr regeln und kontrollieren, dann

wird es besser werden; dann wird es künftig nicht schief gehen.

So begnügten sich die Delegierten des Kongresses gegenüber der noch nicht völlig vom Staate reglementierten und kontrollierten Wirklichkeit mit Feststellungen über die Größe des Elends. Dieser Wirklichkeit hielten sie immer wieder die Forderung entgegen: der Staat soll eingreifen, damit es besser wird.

MARX versuchte das Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft zu durchleuchten. Daß man sich heute nicht mehr genügend darum bemüht, sondern sich auf die MARXschen Zukunftshoffnungen einstellt, hat zu einer Verelendung der Theorie innerhalb der Arbeiterbewegung geführt, die es auf

dem Kongress verhindert hat, den Unternehmern und ihrem Vertreter, dem Reichsarbeitsminister, die schlagende Antwort zu geben, die so leicht hätte gegeben werden können.

Die Folgen der Verelendung der Theorie.

STEGERWALD glaubte, der Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften einen entscheidenden Stoß versetzt zu haben durch den Hinweis, bei dieser Theorie wäre ja die Wirtschaftsschrumpfung in den USA und England nicht ausreichend erklärbar. Dieser Stoß wurde nicht pariert, weder in der Diskussion, noch im Schlußwort von EGGERT. Die gefühlsmäßige Antwort mancher Delegierten: Unsere Kollegen verdienen zu wenig, war natürlich keine durchschlagende Antwort. Die richtige Antwort ist sehr einfach: Die bestaunten angeblich hohen Löhne der amerikanischen Arbeiter waren eben im Verhältnis zur Produktion noch zu niedrig! (Den Nachweis dafür haben wir in Nr. 86 des „Funkens“ als „Material für den Krisenkongress“ veröffentlicht.)

Auf die Unternehmerforderung: „Laßt uns den Kapitalismus von allen staatlichen Fesseln befreien, und er wird gesund sein“, gab EGGERT selber nur die gefühlsmäßige Antwort: „Dann wird er karnibalistisch gesund sein.“ — Warum nicht die kühnere Antwort: „Gut! Fort mit den Fesseln, aber restlos! Fort mit den Zöllen, den Subventionen und den anderen staatlichen Eingriffen! Aber Ihr habt so lange die Marktwirtschaft in Fesseln geschlagen, daß wir während einer Uebergangszeit besondere Hilfe für Arbeiter und Bauern fordern müssen.“ Warum nicht diese Antwort?

Warum erklärte EGGERT die Kreditkrise lediglich aus der politischen Beunruhigung der Völker? Warum nicht als notwendige Folge der Wirtschaftskrise und also der zu niedrigen Löhne? Dann hätte er eine theoretische Begründung gegeben für die Forderung der Gewerkschaften! Zum Versuch der Widerlegung hätte man STEGERWALD nötigen müssen. Er wäre dann vermutlich nicht bis zum Schlußwort sitzen geblieben, oder er hätte sich zu einer anderen Stellungnahme bequem.

Warum forderte EGGERT Niedrighaltung von Preisen durch entsprechende Kartell- und Zollpolitik nur nebenbei, um Preissteigerungen während der Arbeitsbeschaffungsaktion auszuschließen? Warum wurde auf dem Kongress einer Organisation, die Millionen Proletarier vertritt, überhaupt nicht gesprochen, vom Wucherpreis für Brot? Warum war von den Kartellpreisen für Baustoffe nur dadurch die Rede, daß ein Kollege vom Baugewerksbund den Reichsarbeitsminister bat, den Reichswirtschaftsminister daran zu erinnern, daß es eine Verordnung gäbe über unwirtschaftliche Preisbindungen?

Warum durfte STEGERWALD den Kongreßteilnehmern, die gefühlsmäßig dagegen eingestellt waren, daß Millionen an die Großbanken gegeben worden waren und jetzt für Arbeitsbeschaffung angeblich keine Mittel da waren, unwidersprochen sagen: Die Bankenstützung sei um der Arbeiter willen geschehen, weil sonst drei Millionen Arbeitnehmer der 750 000 Konteninhaber von zwei Großbanken im August arbeitslos geworden wären? Warum wurde ihm nicht erwidert, daß die Bankensanierung auch unter schärferer Heranziehung der Bankeinlagen hätte vorgenommen werden können? (Vergleiche Nr. 47 des „Funkens“.)

Warum sprach TARNOW davon, es sei „der Fluch des kapitalistischen Systems, daß wir durch Investitionen uns hindurcharbeiten müssen, um an Verbrauchsgüter heranzukommen“? Als wenn man nicht in jedem Wirtschaftssystem erst die Hochöfen bauen muß, wenn man Eisen produzieren will!

Warum wurde einfach von Ankurbelung der Wirtschaft durch Arbeitsbeschaffung gesprochen, obwohl der „Vorwärts“ das als Illusion bezeichnet hatte (in Nr. 135, vom 20. März), eine in Gewerkschaftskreisen doch sonst längst nicht mit gebührender Verachtung behandelte Tageszeitung?

Warum erging sich ein Vertreter der Eisenbahner in Phantasien darüber, welche Bahnhofsneubauten an wichtigen Verkehrsknotenpunkten (zum Beispiel in München) notwendig seien? Als wenn die Arbeitslosen heute nichts anderes notwendiger hätten?

Warum sprach OTTO BRAUN zum Schluß seiner Rede von dem „Sumpf, in den uns der unselige Krieg mit seinen

Folgen hineingebracht hat“, statt davon, daß wir uns in einem kapitalistischen Sumpf befinden?

Es ließen sich noch mehr Beispiele häufen. Genau so, wie die Debatte das Bild von Not und Elend vertiefte — und das war richtig! —, genau so verstärkte sie in mir das Bedauern über die Verelendung der Theorie.

Alles Notwendige ist gesagt worden.

Im einzelnen wurde gefordert, was unserer Ansicht nach notwendig ist zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise: Ein Kollege vom Landarbeiterverband forderte Siedlung. Ein ostpreussischer Delegierter sprach gegen die Osthilfe. Ein Kollege vom Metallarbeiterverband geißelte den Skandal der Eisenpreise.

Doch fanden sich alle nur zusammen in dem Gefühl, daß der Arbeiterschaft heute Unrecht geschieht, ferner in einer Vertrauenslosigkeit ohne gleichen in bezug auf das, was der Staat bei der Regelung der Wirtschaft leisten kann. So berechtigt jenes Gefühl ist, so unberechtigt ist diese Vertrauens-

seligkeit, zumal es ja der kapitalistische Staat ist, an den sie sich wendet.

Im einzelnen ist nur mehr oder minder zufällig alles zur Krisenüberwindung Notwendige von verschiedenen Kollegen erwähnt worden.

Im Zusammenhang dargestellt ist es nur in der Krisenbroschüre, die der ISK herausgegeben hat.

Daß nur wir ein theoretisch begründetes Programm zum Krisenkongress vorgelegt haben, erfüllt uns weniger mit Stolz über diese an sich nur kleine Leistung, als mit Bedauern darüber, daß die Wortführer der Gewerkschaften auch die kleine Hilfe, die sie daraus entnehmen konnten, nicht angenommen haben und daß sie dann die ganze Kaufkrafttheorie der Gewerkschaften beim ersten Angriff eines bürgerlichen Ministers sofort kampflös preisgegeben haben.

Die theoretische Niederlage der Gewerkschaften auf dem Kongress war vollkommen. Sie braucht keine dauernde Niederlage zu sein!

Deutsch-russische Beziehungen.

Verlängerung der deutsch-russischen Verträge.

in Berlin, 14. April.

Der Reichsrat beschäftigte sich am Donnerstag nachmittag in öffentlicher Vollsitzung mit der Verlängerung des Schlichtungsabkommens und des Rapallo-Vertrages mit der Sowjetunion. Gegen den Artikel 4 des Rapallo-Vertrages, der die Meistbegünstigungsklausel enthält, wurde von den Vertretern Württembergs und Badens Stellung genommen, da sie bei der billigen russischen Holzaußfuhr die Waldwirtschaft ihrer Länder bedroht sehen. Die Vertreter anderer Länder schlossen sich dem Protest an.

Der Vertreter Preußens stimmte für die Verlängerung der Verträge, weil diese in erster Linie von politischer Bedeutung seien. Die Frage der Holzwirtschaft solle unabhängig davon behandelt werden.

Der Reichsrat stimmte dann mit Mehrheit der Verlängerung des Rapallo-Vertrages und des Schlichtungsabkommens zu.

Der Fernsprechkverkehr zwischen Deutschland und der USSR wurde am 5. April 1930 nur zwischen Berlin und Moskau über Riga aufgenommen. Nunmehr sind zwischen Berlin und Moskau zwei unmittelbare Fernsprekleitungen hergestellt worden, über die vom 10. April an der Sprechverkehr zwischen allen deutschen Orten und Moskau sowie Leningrad abgewickelt werden kann. Zugelassen sind alle auch sonst üblichen Gesprächsarten mit Ausnahme der Blitz- und Festzeitgespräche. Für ein gewöhnliches Gespräch von 3 Minuten Dauer in der verkehrsstarken Zeit zwischen der ersten deutschen Zone und Moskau oder Leningrad werden acht Mark erhoben. Für jede weitere deutsche Zone von 100 km Tiefe erhöht sich diese Gebühr um 0,50 Mark. Die weiteren Einzelheiten sind beim zuständigen Fernsprechamt zu erfragen.

Unter dem Druck des französischen Kapitalmarkts.

Tardieu verhandelt mit den Vertretern der Kleinen Entente.

in Genf, 14. April.

Der französische Ministerpräsident TARDIEU hatte am Mittwochabend vor seiner Abreise nach Paris eine Unterredung mit den Außenministern von Südslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Weiterverhandlung der Donaufrage besprochen worden. TARDIEU soll gesagt haben, daß eine besondere Finanzhilfe Frankreichs für die Balkanländer gegenwärtig nicht mehr in Frage kommen könne, da der französische Kapitalmarkt nach den letzten Erfahrungen keine Neigung zeige, derartige Anleihen zu finanzieren. Auf französischer Seite werden dagegen weiter die Pläne einer Abhaltung der Konferenz der fünf Donaustaaten noch vor der Lausanner Reparationskonferenz erwogen.

Amerika werde, so heißt es weiter, keinen Cent der Kriegsschulden nachlassen, solange Frankreich den Plan verfolge, aus dem Völkerbund einen Ueberstaat zu machen.

in London, 15. April.

„Financial Times“ zufolge hat die Bank von England bereits die ausländischen Devisen, die zur Abzahlung von 2½ Milliarden Francs des im September fällig werdenden Restbetrages des französischen Kredites bereitgestellt. Die Bank von England verfügt jetzt über erhebliche Devisenbestände in New York und Paris.

De Valera greift zu.

Das Gesetz zur Abschaffung des Treueides.

in Dublin, 15. April.

Wie amtlich mitgeteilt wird, wird das Gesetz zur Abschaffung des Treueides für die englische Krone am kommenden Mittwoch dem irischen Landtag vorgelegt werden. Die COSGRAVE-Partei wird bei der zweiten Lesung einen Antrag stellen, daß der Landtag die Annahme des Gesetzes verweigern soll, bis die Rückwirkungen auf den englisch-irischen Vertrag durch die Regierungen untersucht worden sind. Es wird aber erwartet, daß die Republikaner mit der Unterstützung der Arbeiterpartei, die nunmehr vollkommen gesichert erscheint, die Annahme des Gesetzes mit knapper Mehrheit zustandebringen. Falls der Senat die Annahme des Gesetzes verweigert, wird sein Inkrafttreten 18 Monate verzögert, oder es müssen Parlamentsneuwahlen stattfinden.

Lenins Ankunft in Petrograd.

Am 16. April 1917.

Am 16. April 1917 kam LENIN nach der Reise durch Deutschland im plombierten Wagen abends in Petrograd an, wo er vor dem finnischen Bahnhof seine erste Rede nach der Revolution vom Februar 1917 hielt, die er mit der Parole: „Es lebe die Weltrevolution!“ schloß.

Der Vermittler dieser Reise und Transportbegleiter: der schweizerische Sozialist FRITZ PLATTEN, hat ein Buch darüber geschrieben: „Die Reise LENINS durch Deutschland im plombierten Wagen“, dem wir aus den Beiträgen von KRUPSKAJA (1) und RADEK (2) die folgenden Stellen entnehmen.

Die Schriftleitung.

1. Aus der Emigration nach Petrograd.

Eines Morgens im Februar waren wir im Begriff, zur Bibliothek aufzubrechen, als Genosse BRONSKI kam und uns von der Revolution in Rußland berichtete. ILJITSCH blieb gleichsam der Atem weg. Als BRONSKI fort war, und wir etwas zu uns gekommen waren, gingen wir an den See, wo unter einem Wetterdach jeden Tag alle Schweizer Zeitungen angeklebt wurden. Ja, die Telegramme sprachen von einer Revolution in Rußland.

ILJITSCH warf sich hin und her. Er bat BRONSKI, zu erfahren, ob man nicht irgendwie mit Hilfe eines Schmugglers durch Deutschland nach Rußland gelangen könnte. Bald stellte es sich heraus, der Schmuggler könne einen höchstens bis Berlin bringen. Außerdem stand der Contrebande-Mann, irgendwie in Verbindung mit PARVUS, und mit PARVUS, der ein Kriegsverdiener und ein Sozialchauvinist geworden war, wollte WLADIMIR ILJITSCH durchaus nichts zu tun haben. Es hieß einen anderen Weg suchen. Welchen? Man hätte auf einem Flugzeug hinüberfliegen können; die Möglichkeit, heruntergeschossen zu werden, war nicht so schlimm. Wo aber war das Zauberflugzeug, auf dem man nach Rußland gelangte, das seine Revolution machte? Nächtelang schlief ILJITSCH nicht. Eines nachts sagte er: „Weißt du, ich kann

auf dem Paß eines stummen Schweden reisen.“ Ich lachte. „Dabei kommt nichts raus, man kann aus dem Schlaf reden und sich verraten. Wenn dir nachts im Traum die Kadetten“) erscheinen, wirst du rufen: Schurken, Schurken! Dann kommt es raus, daß du kein Schwede bist.“ Jedenfalls war aber der Plan, auf einem schwedischen Stummens-Paß zu fahren, eher zu verwirklichen, als auf einem ungreifbaren Aeroplan zu fliegen. ILJITSCH schrieb über diesen seinen Plan nach Schweden, an HANETZKI. Aber daraus wurde natürlich auch nichts.

Als sich herausstellte, daß es mit Hilfe von Schweizer Genossen möglich sein würde, Durchlaß durch Deutschland zu finden, riß sich ILJITSCH zusammen und bemühte sich, die Angelegenheit so zu regeln, daß nichts nur im geringsten irgendwie den Charakter einer Abmachung nicht nur mit der deutschen Regierung, sondern auch ebenso mit den deutschen Sozialchauvinisten tragen könnte, mühte er sich, allem juristisch die richtige Form zu geben. Der Schritt war kühn: nicht nur deshalb, weil Verleumdung drohte, Beschuldigung des Verrats gegen das eigene Vaterland, sondern auch deshalb, weil keinerlei Gewißheit bestand, daß Deutschland uns wirklich durchlassen, die Bolschewiki nicht internieren werde. Später folgten, hinter den Bolschewiki auf demselben Wege auch die Menschewiki und andere Emigrantengruppen; aber den ersten Schritt wagte niemand zu tun.

Als aus Bern der Brief kam, die Sache sei in Ordnung gebracht, und man könne von dort aus nach Deutschland abfahren, sagte ILJITSCH: „Fahren wir mit dem ersten Zug!“ Bis zu dessen Abgang blieben zwei Stunden. Ich hatte Bedenken. Man mußte „das ganze Haus“ auflösen, die Bücher in die Bibliothek zurückbringen, die Rechnung bei der Wirtin begleichen u. s. w. Fahre allein, ich komme morgen nach. — „Nein, laß uns fahren.“ Die „Wirtschaft“ wurde aufgelöst, die Bücher weggepackt, die Briefe vernichtet, das bißchen Wäschezeug und die notwendigsten Sachen mitgenommen. Mit dem ersten Zuge fuhren wir ab. Wir hätten uns gar nicht so zu beeilen brauchen, denn es war um Ostern, und infolgedessen erlitt unsere Abreise aus Bern doch noch einen Aufenthalt.

*) „Konstitutionelle Demokratie“ (Ka-De) = „liberale“ Bürgerpartei; vordem Monarchisten, im Krieg Annexionisten; ihr Führer MILJUKOW Außenminister der russischen Februar-Revolution.

2. Im plombierten Wagen durch Deutschland.

Wir reisen also ab und fuhren mit dem Schweizer Zug bis Schaffhausen, wo wir in den deutschen Zug umsteigen mußten. Ein banger Augenblick — er blieb mir sehr im Gedächtnis. Deutsche Offiziere erwarten uns und wiesen uns in den Zollraum, wo die Zahl der „Munition“, die sie nach Rußland transportierten, festgestellt werden sollte. Auf Grund unseres Vertrages hatten sie kein Recht, nach dem Paß zu fragen, im Zollraum stellten sie daher Männer und Frauen getrennt auf, damit sich auf dem Wege nicht jemand von uns verflüchten oder einem deutschen Mädchen einen russischen Bolschewiki untergeschoben könnte, um so den Keim zur Revolution zu legen. (Ich hatte große Lust, das zu tun, weil ich als Oesterreicher die volle moralische Berechtigung dazu besaß, aber ILJITSCH war dagegen.) Wir verharrten schweigend und in sehr banger Stimmung, LENIN stand — umgeben von den Genossen — ruhig an der Mauer. Wir wollten nicht, daß man ihn beobachtete.

Als wir uns endlich im Waggon einrichteten, begann die Plackerei mit WLADIMIR ILJITSCH. Wir brachten ihn mit NADJESCHDA KONSTANTINOWNA in einem besonderen Coupé unter — wogegen er protestierte —, um ihm die Möglichkeit zu geben, ruhig zu arbeiten. Aber wir ließen ihn auf der Reise nicht viel zur Arbeit kommen! Im Nachbar-Coupé befanden sich der Genosse SAFAROW und seine Frau, die Genossin OLGA RAWITSCH, INESSA ARMAND und ich. Wir stritten damals mit SAFAROW zwar noch nicht über Opportunismus, aber trotzdem ging es im Waggon sehr laut zu. Am späten Abend stürzte ILJITSCH in unser Coupé, um die Genossin OLGA RAWITSCH zu entführen, weil er meinte, daß sie und ich die Hauptlärmmacher wären. Um die Wahrheit vor der Geschichte und der Kontrollkommission festzustellen, muß ich hier bezeugen, daß die Genossin OLGA stets eine ernste Parteigenossin gewesen ist und daß nur ich es gewesen bin, der die Anekdoten erzählte, und ich also der Schuldige an dem Lärm war. So verließ Genossin OLGA unser Coupé in splendid Isolation.

ILJITSCH arbeitete während der ganzen Fahrt. Er las machte Eintragungen in Hefte, außerdem beschäftigte er sich auch noch organisatorisch. Die Angelegenheit ist zwar sehr

Nach dem SA-Verbot.

Hessen vor Landtageeinberufung.

a Darmstadt, 14. April.

Die nationalsozialistische Fraktion des hessischen Landtages hat die Einberufung des Landtages auf spätestens den 16. April beantragt mit der Tagesordnung: Die politische Lage in Hessen. Der Landtag muß nun einberufen werden, da die nationalsozialistische Fraktion mit 26 Mitgliedern mehr als ein Drittel der Abgeordneten hat.

Zur politischen Lage in Hessen: Die Regierung unterstützt die Maßnahmen gegen die SA. Sie hat z. B. erklärt, daß bereits die vorläufige Prüfung des in Hessen beschlagnahmten Materials die Berechtigung des Verbots erwiesen habe.

Baden schießt übers Ziel.

Maßnahmen gegen NS- und KP-Beamte.

a Karlsruhe, 14. April.

Im Landtag verlas der badische Staatspräsident SCHMITT (Zentrum) eine Regierungserklärung, die das SA-Verbot begrüßt. „Das Gebot der Selbsterhaltung legt aber dem Staate mit zwingender Notwendigkeit noch eine andere Aufgabe auf: Zahlreiche Beamte haben in der letzten Zeit ihre beschworene Treuepflicht gegen den Staat gräßlich verletzt. Die Regierung mahnt alle Beamten, den Legalitätsbeteuerungen der NSDAP keinen Glauben mehr zu schenken. Die Regierung hat das Vertrauen zu ihren Beamten, daß sie, nachdem der Reichspräsident so deutlich gesprochen hat, zu ihrer Pflicht zurückkehren. Gegen diejenigen, welche sich trotz dieser Ermahnung im Sinne der KPD oder der NSDAP betätigen, wird die Staatsregierung folgende Maßnahmen ergreifen: Den außerparlamentarischen Beamten, den Angestellten und Arbeitern wird die Regierung das Dienstverhältnis im Rahmen der Gesetze kündigen. Gegenüber den widerruflich angestellten planmäßigen Beamten wird die Regierung den Widerruf der Anstellung aussprechen.“

SCHMITT bewegt sich auf dem Wege des vom Zentrum angestrebten „Ordnungsstaates“. Rechtlich ist es nicht in Ordnung, gegen Beamte auf Grund ihrer bloßen Betätigung

in Parteien, die nicht verboten sind, vorzugehen. Der Staat sollte sich strikte parteipolitische Neutralität gegenüber den Beamten wahren. Mit dieser Neutralität ist es natürlich vereinbar, gegen einen Beamten vorzugehen, sobald er seinen Dienst oder andere Amtspflichten verletzt. Das tut er aber nicht mit der bloßen Betätigung in einer legalen Partei.

Auch in Braunschweig SA aufgelöst.

p Braunschweig, 14. April.

KLAGGES teilte der Telegraphen-Union mit: Die SS und SA seien aufgelöst. Der Auflösung seien auch die SS- und SA-Führerschule in Kreienzen und die SS-Kommandostelle in Braunschweig verfallen.

Grzesinski verbietet.

h Berlin, 14. April.

Der Berliner Polizeipräsident hat im Zusammenhang mit dem Verbot der SA in Durchführung der Ausführungsbestimmungen den nationalsozialistischen „Volkssportverein“ und die HITLER-Jugend für den Gesamtbezirk Berlin verboten.

Severing lockert das Demonstrationsverbot.

h Berlin, 14. April.

Der preußische Minister des Innern hat alle Regierungspräsidenten und Polizeibehörden ermächtigt, vom 17. April 1932 an bis auf weiteres für politische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel auf spätestens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge Ausnahmen zuzulassen, wenn der friedliche Ablauf der Veranstaltung gewährleistet erscheint und sonst Bedenken gegen die Veranstaltung nicht bestehen. Mehrere gleichzeitige Veranstaltungen verschiedener Organisationen am gleichen Ort sind nur zu gestatten, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß die Veranstaltungen sich räumlich in keiner Weise berühren.

gewissenlos, in der Öffentlichkeit die Beschwerde für begründet zu erklären, solange die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist.

2. Der „zuständige Schulrat“ ist der Schulrat VOGELANG, der auf Bestellung von KLAGGES das Material gegen die weltlichen Schulen lieferte, mit dem KLAGGES Ostern seinen Schlag gegen diese Schulen begründete. Wir berichteten darüber im „Funken“ Nr. 73, vom 27. März.

3. Ich habe mich um zuverlässige Mitteilungen über die angeblichen Äußerungen des Lehrers HUCH bemüht. Das Ergebnis ist, daß er die von KÜCHENTHAL zitierten Äußerungen nicht getan hat.

Hiernach ist klar, was vorgeht: HUCH soll beseitigt werden; der Weg ist der gegen die weltlichen Schulen erprobte „Verwaltungstechnische“; also sind „zuständige“ Helfer dabei, ihrem Chef KLAGGES die äußeren Handhaben zu besorgen.

Die Weiterverfolgung dieses Konflikts ist für die Abschätzung dessen, was die NS sich heute leisten können, besonders interessant. Denn hier geht es nicht gegen einen Sozialisten, sondern gegen ein Mitglied einer Gruppe, der in Deutschland heute andere Machtmittel zur Verfügung stehen als den Vertretern der Arbeiterklasse und des Freidenkertums.

Komödie in Braunschweig.

Sicherstellung des Besitzes der SA in Braunschweig.

Braunschweig, 14. April.

Wie vom braunschweigischen Staatsministerium mitgeteilt wird, hat der Reichsinnenminister von der in der Notverordnung vom 13. April enthaltenen Kannvorschrift Gebrauch gemacht und den braunschweigischen Innenminister ersucht, die Ausrüstungsgegenstände und den sonstigen Besitz der braunschweigischen SA- und SS-Formationen polizeilich sicherzustellen. Seitens des braunschweigischen Staatsministeriums ist bereits eine entsprechende Verfügung an die Polizeibehörde ergangen.

Auf Grund dieser Verfügung erschienen Beamte der Politischen Polizei in den Räumen des SS-Abschnittes IV in dem Gebäude Petritor-Wall zu einer Besichtigung.

In den Räumen war nichts mehr zu finden. Die Beamten überzeugten sich davon, daß der Betrieb vollständig stillgelegt war. Auch in dem SA-Heim am Kleinen Exerzierplatz wurde eine Durchsuchung vorgenommen, bei der nichts mehr gefunden wurde.

Die teilweise zur Verfügung gestellten Betten und die anderen Einrichtungsgegenstände waren bereits den Besitzern wieder zurückgegeben worden.

Rheinische NS-Jugend rebelliert.

Die zahlreiche Anhängerschaft des früheren nationalsozialistischen Jugendführers für Nordwestdeutschland, WILHELM KAYSER, der aus der Partei ausgetreten ist, weil er das Bonzenrum nicht mehr mitmachen wollte, hat sich mit KAYSER solidarisch erklärt. Auch fast sämtliche HITLER-Jugendführer von Köln-Anchen haben den Schritt KAYSERS mit Sympathieerklärungen aufgenommen. In einer Erklärung, die von bekannten nationalsozialistischen Jugendführern unterzeichnet ist, unter denen sich u. a. auch der Organisationsleiter der Nordwestgruppe der HITLER-Jugend befindet, heißt es, daß die NSDAP nicht mehr die Verkörperung dessen sei, wofür ihre Anhänger jahrelang gekämpft hätten. Man richte deshalb an die westdeutschen Jungnationalsozialisten den Appell, sich von der „verbrenzten NSDAP“ loszulösen. In einem Schreiben, das die „Rheinische Zeitung“ veröffentlicht, erklärt KAYSER, daß, als er mit dem Austritt gedroht habe, der Kölner Gauleiter GROHE ihn zu Einigungsverhandlungen eingeladen und ihm einen Schweigeposten angeboten hätte. Er habe das Angebot jedoch abgelehnt und unter Zustimmung der Kölner Jungnationalsozialisten seinen Austritt vollzogen. KAYSER soll beabsichtigen, eine neue Jugendorganisation im Rheinland aufzubauen.

Aus Klagges Reich.

Zur Lage der Lehrer in Braunschweig.

RO: Braunschweig, 12. April.

Die Katholiken haben sich bei der Präsidentenwahl keineswegs als zuverlässige Freunde HITLERS erwiesen. Im Zusammenhang mit dieser Tatsache ist ein Untersuchungsverfahren von Interesse, daß KLAGGES gegen einen katholischen Lehrer in Braunschweig eingeleitet hat.

Bürgerliche Blätter der HINDENBURG-Front hatten gemeldet, das Verfahren gegen den Lehrer HUCH sei deswegen eingeleitet worden, weil dieser in einer Schulstunde den Reichspräsidenten HINDENBURG gewürdigt habe. Durch diese Meldung veranlaßt, hat HINDENBURG den Reichsinnenminister GROENER um Nachprüfung des Falles gebeten. So kam es zu folgender „Berichtigung“, die KÜCHENTHAL, der deutschnationale Vorsitzende des Braunschweiger Staatsministeriums, an GROENER, seinen Harzburger Gast, richtete:

„1. Die Pressenachricht einer Anzahl Tageszeitungen, insbesondere des „Berliner Börsen-Courier“, unter dem 17. März 1932, über ein Untersuchungsverfahren gegen den Lehrer HUCH von der katholischen Schule in Braunschweig

wegen der ‚Würdigung des Herrn Reichspräsidenten‘ ist völlig unwahr.“

„2. Wahr ist, daß ein Vater bei dem Minister für Volksbildung schriftlich Beschwerde erhoben hat über den Lehrer HUCH wegen politischer Beeinflussung seiner beiden Söhne im Schulunterricht. Der Lehrer HUCH habe den einen Sohn gefragt, wen seine Eltern bei der Reichspräsidentenwahl am 13. März gewählt hätten, und habe ferner in der Klasse, die der andere Sohn besucht, gefragt, wer an der nationalsozialistischen Veranstaltung auf dem Franzosen Felde teilgenommen habe. Nach Feststellung der Beteiligten habe er etwa gesagt: ‚So, Ihr lauft den Bonzen auch nach. Nieder damit. Große Feuer haben sie abgebrannt. Da wird das Geld verschwendet, und gewonnen haben sie doch nicht.‘ Wegen dieser Beschwerde ist der zuständige Schulrat mit der weiteren Untersuchung beauftragt. Diese ist zwar noch nicht völlig abgeschlossen; es ist aber schon jetzt festgestellt, daß die Beschwerde offenbar begründet ist.“

Zur Kennzeichnung und Berichtigung dieser „Berichtigung“ einige Bemerkungen:

1. Die Anklage gegen HUCH kann sich nur auf Äußerungen erregter, durch ihre Eltern aufgehetzter Jungen gründen. Eine andere Quelle steht KLAGGES und KÜCHENTHAL nicht zur Verfügung. Unter solchen Umständen ist es

sah durch die offene Türe, daß es schon tagte. „Ich muß die Leute wecken“, denkt er sich; „denn es ist Zeit aufzubrechen.“ Pachom stand auf, weckte seinen Knecht, der im Wagen schlief, befahl ihm einzuspannen, und ging die Baschkiren zu wecken.

„Es ist Zeit“, sagte er, „in die Steppe hinauszufahren, um mein Land abzumessen.“

Die Baschkiren standen auf und versammelten sich vor dem Zelt; auch der Älteste kam herbei. Sie begannen wieder Kumys zu trinken und boten Pachom Tee an; er wollte aber keine Zeit verlieren.

„Wenn wir hinausfahren wollen, müssen wir es gleich tun“, sagte er, „denn es ist höchste Zeit!“

VIII.

Die Baschkiren machten sich fertig, brachen auf und fuhren teils im Wagen, teils ritten sie nebenher. Pachom fuhr mit dem Knecht in seinem Wagen; sie nahmen auch Hacken mit. Wie sie in die Steppe kamen, rötete sich eben der Osten. Sie fuhren einen Hügel, einen „Schichan“, wie es in der Baschkirensprache heißt, hinauf, stiegen von den Pferden und aus den Wagen und kamen an einem Platze zusammen. Der Älteste ging auf Pachom zu, zeigte mit der Hand und sagte:

„Dieses ganze Land, so weit dein Blick reicht, gehört uns. Wähle dir nun ein Stück nach deinem Geschmack.“

Pachoms Augen brannten vor Verlangen: es war lauter gutes Steppenland, glatt wie eine Handfläche, schwarz wie Mohnkörner; in den Vertiefungen wuchsen Gräser verschiedener Art, die einem bis an die Brust reichten.

Der Älteste nahm seine Fuchsfellmütze ab und legte sie auf den Boden.

„Das soll unser Merkzeichen sein“, sagte er. „Von hier sollst du ausgehen und hierher wieder zurückkommen. Was du umgehst, gehört dir.“

Pachom holte sein Geld aus der Tasche, legte es auf die Mütze, zog den Kaftan aus und behielt nur sein Unterkleid an. Er schnallte den Gürtel fester um den Leib, steckte sich ein Säckchen mit Brot in den Busen, band sich eine Kürbislflasche mit Wasser an den Gürtel, zog die Stiefelschäfte

höher hinauf, reckte sich, nahm aus den Händen des Knechtes die Hacke und stand so marschbereit da. Er überlegte sich noch, welche Richtung er einschlagen sollte — denn das Land war überall von gleicher Güte. Er sagte sich schließlich: „Es ist ja wirklich einerlei; ich gehe dem Sonnenaufgang zu.“ Er stellte sich mit dem Gesicht nach Osten, reckte sich und wartete, daß ein Rand der Sonnenscheibe zum Vorschein käme. „Ich will keine Zeit verlieren“, sagte er sich; „solange es noch kühl ist, geht es sich viel leichter.“ Kaum schossen die ersten Sonnenstrahlen am Himmelsrande hervor, als Pachom die Hacke auf die Schulter nahm und in die Steppe ging.

Pachom ging nicht zu schnell und nicht zu langsam. Als er eine Werst weit gegangen war, grub er ein Loch und schichtete einige Rasenstücke übereinander auf, damit das Glieder waren durch Bewegung gelenkiger geworden. Er war allmählich in Schwung gekommen und beschleunigte seine Schritte. Er ging noch eine Strecke weiter und grub das zweite Loch.

Pachom blickte sich um. Er konnte im Sonnenlichte gut den Hügel sehen, auch die Leute und selbst das Funkeln der eisenbeschlagenen Räder. Pachom schätzte die Strecke, die er zurückgelegt, auf fünf Werst. Es war ihm wärmer geworden; er zog daher auch das Unterkleid aus, warf es über die Schulter und ging weiter. Nun wurde es heiß. Er blickte auf die Sonne — es war gerade die Stunde, Brotzeit zu machen.

„Nun ist gerade ein Viertel des Arbeitstages verstrichen“, dachte sich Pachom. „Es ist noch zu früh, einzubiegen. Ich will mir nur die Stiefel ausziehen.“ Er setzte sich, zog sich die Stiefel aus, befestigte sie am Gürtel und ging weiter. „Ich will noch an die fünf Werst gehen und dann nach links einbiegen. Hier ist der Boden gar zu gut; es wäre schade, wenn ich schon hier einbiegen wollte. Je weiter ich gehe, um so besser scheint das Land.“ Er ging noch eine Strecke geradeaus und blickte sich um: der Hügel war kaum noch zu sehen; die Leute darauf erschienen wie Ameisen, und die Wagenräder glänzten kaum merklich in der Sonne.

(Schluß folgt.)

L. N. TOLSTOI

Wieviel Erde braucht der Mensch?

Erschienen im Insel-Verlag zu Leipzig.

(4. Fortsetzung.)

VII.

Pachom legte sich auf sein Lager, konnte aber keinen Schlaf finden. Er mußte immer an sein Land denken: „Ich werde mir ein gehöriges Stück einheimsen. An einem Tage kann ich ja leicht fünfzig Werst machen. Die Tage sind jetzt so lang wie Jahre; und in einem Kreise von fünfzig Werst ist viel Land enthalten! Das schlechtere Land werde ich verkaufen oder an Bauern verpachten, das bessere werde ich für mich behalten. Ich werde mir zwei Gespanne Ochsen anschaffen und noch zwei Knechte aufnehmen; an die fünfzig Desjatinen werde ich bebauen und auf dem übrigen Lande mein Vieh weiden lassen.“

Erst kurz vor Tag schlummerte Pachom ein. Und er hatte einen Traum. Er lag, so träumte ihm, in diesem selben Zelte und hörte draußen jemand laut lachen. Er wollte sehen, wer es war, stand auf, ging hinaus und sah den Ältesten der Baschkiren vor dem Zelt stehen. Er hielt sich mit beiden Händen den Bauch und schüttelte sich vor Lachen. Pachom ging auf ihn zu und fragte: „Worüber lachst du denn?“ Es war aber gar nicht der Älteste, sondern jener Kaufmann, der ihn einst besucht und ihm vom Baschkirenland erzählt hatte. Er fragte den Kaufmann: „Bist du lango hier?“ — Nun war es gar nicht der Kaufmann, sondern jener Bauer aus dem Wolgagebiet, der zu ihm noch früher in der alten Heimat gekommen war. Pachom schaut ihn an: es ist auch gar nicht der Bauer, sondern der Teufel selbst, mit Hörnern und Hufen; der Teufel lacht, und vor ihm liegt ein Mann, barfuß, nur mit Hemd und Hose bekleidet. Pachom sieht genauer hin: was mag es für ein Mensch sein? Und er sieht — der Mann ist tot und ist niemand anders als er selbst. Pachom erschrickt und erwachte. Als er ganz wach war, sagte er sich: „Was es doch nicht alles für Träume gibt!“ Er blickte sich um und

Gefängnis für streikende Seeleute.

e Emden, 8. April.

E. L. 15 Seeleute des Emdener Dampfers „Elise Schulte“ erhielten Strafbefehle in Höhe von je 6 Wochen Gefängnis, weil sie gemeinsam in einem ausländischen Hafen dem Kapitän den Gehorsam verweigert hatten. Anfang Januar lag das Schiff in New York. Als dort die Heuerkürzungen der Notverordnung vom 8. Dezember bekannt wurden, gingen 15 Leute von Bord. Der Dampfer setzte dennoch seine Fahrt fort, und die 15 Streikenden wurden auf einem anderen Schiffe nach Deutschland zurückbefördert. Es ist dies der fünfte Emdener Dampfer, auf dem zwischen Oktober und Januar in ausländischen Häfen gestreikt wurde.

Nach § 101 der Seemannsordnung vom Jahre 1902 können zur Schiffsmannschaft gehörige Personen mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft werden, wenn zwei oder mehrere von ihnen dem Kapitän, einem Schiffsoffizier oder einem anderen Vorgesetzten den schuldigen Gehorsam auf Verabredung gemeinsam verweigern. Der Rädelsführer wird zu

Gefängnis bis zu 3 Jahren bestraft, bei mildernden Umständen kann auf Geldstrafe erkannt werden.

Auf Grund dieser Bestimmung, die entsprechend militärischen Strafbestimmungen für Soldaten und Marineangehörige besteht, können Seeleute von Kauffahrteischiffen wegen Streiks bestraft werden. Das Recht, durch Streik für die Verbesserung oder wenigstens gegen die Verschlechterung ihrer Lohnbedingungen einzutreten, steht also dieser Klasse der Arbeiter, nämlich den Seeleuten, nicht zu; denn jeder Streik ist natürlich eine „gemeinsame Gehorsamsverweigerung“ gegenüber einem Kapitän oder einem Schiffsoffizier. Der Einwand, daß ein Streik auf Schiffen besondere Abwehrmaßnahmen erforderlich mache, gilt in dieser Allgemeinheit jedenfalls nicht. Die Seeleute des Emdener Dampfers streikten z. B. im Hafen, eine lebensgefährliche Hilflosigkeit der Schiffsleitung lag also keineswegs vor. Interessant an dem obigen Urteil ist noch, daß das für die Bestrafung zuständige Seemannsamt den gegen den unerhörten Lohnraub durch die Notverordnung streikenden Seeleuten sogar mildernde Umstände versagt.

Um den Lohnabbau der Gemeindearbeiter.

Das Reichsfinanzministerium als Treiber.

Berlin, 14. April.

Im Reichsarbeitsministerium fanden gestern zwischen dem Reichsarbeitsgeberverband kommunaler Betriebe und den Tarifgewerkschaften Verhandlungen statt über den Reichsmanteltarif der Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner, der bekanntlich von den Gemeinden gekündigt worden war. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, nach der eine Verlängerung bis zum 30. Juni d. J. erfolgen soll.

Über die gleichfalls gekündigten Lohnsätze kam indes eine Einigung nicht zustande. Die Gewerkschaften verlangten eine Zurücknahme der Kündigungen und Verlängerung der Lohnsätze auf bezirklicher Grundlage. Die Gewerkschaften vorwies mit Recht auf die im August des Vorjahres getroffene freie Vereinbarung, wonach die Bestimmungen der Notverordnung vom 5. Juni 1931 als abgekommen anzusehen seien, vorausgesetzt, die Reichsregierung erhebe gegen diese Vereinbarung keinen Einspruch.

Das Reichsarbeitsministerium hat bei dem Zustandekommen dieser Vereinbarung erheblich mitgeholfen. Den Tarif-

gewerkschaften ist weder vom Reichsarbeitsministerium noch von einer anderen Regierungsstelle eine offizielle Mitteilung gemacht worden, daß die Reichsregierung dieser Vereinbarung nicht zustimme. Die Tarifgewerkschaften hätten der Vereinbarung niemals zugestimmt, wenn diese Zustimmung gefehlt hätte, d. h. wenn sie hätten annehmen müssen, daß man nachträglich auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni eine nochmalige Lohnkürzung verlangen würde. Dieses Verlangen ist aber an die Gemeinden als Unternehmer gestellt worden, und zwar vom Reichsfinanzministerium. Mit Recht empfinden die Gemeindearbeiter dieses Vorgehen als unerhört, um so mehr, als gerade ihre Löhne mehr als in irgend einer anderen Berufsgruppe gekürzt wurden — in einem Jahr bis zu 30 Prozent.

Stadt Berlin gegen Lohnabbau.

Berlin, 14. April.

In der gestrigen Sitzung des Stadtgemeindeausschusses wurde ein sozialdemokratischer Antrag einstimmig angenommen, der die Zurücknahme der Kündigungen der Lohn- und Manteltarife sowie des Arbeitszeitabkommens für die Arbeiter und Angestellten der Berliner Gemeindebetriebe, Verwaltungen und städtischen Gesellschaften verlangt.

Verarmtes Schifferdorf.

e Zerpenschleuse, 14. April.

Die Haushaltsaufstellung der Gemeinde Zerpenschleuse am Finowkanal ergab eine Verschuldung der kleinen und bedürftigen Schiffergemeinde von 200 000 Mark. Dazu kommen die nicht gezahlten Zinsen des Kapitals. Steuern gehen nicht mehr ein und können daher nicht an den Staat abgeführt werden. Dem Gemeindevorsteher hat der Regierungspräsident in Potsdam deshalb ein Disziplinarverfahren angedroht unter einer Fristsetzung von zwei Wochen. Aber wie soll innerhalb von 14 Tagen in Zerpenschleuse Steuer-geld beschafft werden?

Der Polizeipräsident hat die „Rote Fahne“ wegen Beleidigung und Verächtlichmachung des Reichspräsidenten am 14. April für drei Tage verboten.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Sonnabend, den 16. April.

Hamburg:

18.25 Prof. EMIL WOLFF: Der indische Nationalkampf.

Königsberg:

16.00 Reg.-Rat Dr. KORALLUS: Staat und Kirche.

Langenberg:

18.40 Dr. KÜESTER: Handelspolitische Zeitenwende.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):

20.00 Ankunft LENINS aus der Schweiz in Petrograd am 16. April 1917.

Sonntag, den 17. April.

Breslau:

19.30 ERNST TOLLER: Spanien-Reise.

Leipzig:

8.00 Dr. K. BERKE: Die Bedeutung der genossenschaftlichen Selbsthilfe für die mitteldeutsche Landwirtschaft.

20.00 WAGNER-Abend der Dresdener Philharmonie.

Moskau (Wellenlänge 1304 und 1481 m):

20.00 Niedermotzung unbewaffneter Arbeiter in den Goldminen von Lena in Ostibirien im Jahre 1912.

Der verkannte Regierungsrat.

HITLER klagt gegen BRAUN.

w München, 13. April.

HITLER beauftragte den Rechtsanwalt FRANK II-München, gegen den Ministerpräsidenten BRAUN und gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Vorwärts“ Strafantrag zu stellen wegen der Behauptung, HITLER und seine Partei verfolgten landesverräterische Absichten. „Diese Herabwürdigung HITLERS sei ein Höhepunkt in der Verleumdungskampagne gegen den Führer der weitaus größten politischen Bewegung Deutschlands.“

Den Vorwurf des Hoch- und Landesverrats gegen die NSDAP hat BRAUN u. a. am Montagabend im Sportpalast in Berlin ausgesprochen und mit dem Hinweis auf SEVERINGS Material und auf öffentliche Äußerungen HITLERS begründet.

Außerdeutsche Pressestimmen zum SA-Verbot.

Die Pariser Rechtsprezzo betrachtet die Auflösung der SA im allgemeinen nur als eine Vorlegenheitsmaßnahme der Regierung, die vor der Abrüstungskonferenz habe zeigen

wollen, daß es geheime militärische Mächte in Deutschland nicht gebe.

Da auch HITLER ausländischen Korrespondenten ähnliche Mitteilungen gemacht hatte, hat die deutsche Reichsregierung amtlich folgende Mitteilung herausgegeben:

„Herr HITLER hat hiesigen ausländischen Korrespondenten gegenüber behauptet, er besitze Beweise dafür, daß die Auflösung der SA durch den Reichskanzler auf den Druck des französischen Ministerpräsidenten hin erfolgt sei. Diese Behauptung ist vollkommen erfunden und verfolgt lediglich den Zweck, die Reichsregierung zu verächtlichen und ihr Ansehen im In- und Auslande herabzusetzen.“

Die Londoner Presse vermerkt die Auflösung im allgemeinen mit einer gewissen Befriedigung und Freundlichkeit gegenüber der deutschen Regierung. Es komme jetzt darauf an, daß die Regierung auch die Macht habe, die Auflösung der SA wirklich durchzusetzen. „Daily Herald“, das Arbeiterblatt, spricht von einem großen Schlag gegen HITLER, meint aber, daß dieser sich vielleicht freuen, in Zukunft die Kosten für die SA sparen zu können.

Die faschistische Presse Italiens reagiert selbstverständlich unfreundlich: Sie redet von „fixen Ideen über Gefahren“ und „Sicherheitsfimmel“ und hält im übrigen die Auflösungsmaßnahme für eine Bezahlung an die Sozialdemokratie.

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name Ort

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

ISK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:
Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:
Briand.
Aussprüche Briands.

FRITZ GROB:
Gegen die Fraktionsarbeit
in den Gewerkschaften.

WILLI EICHLER:
Arbeiterschaft und Wahlen.
Die Reichspräsidentenwahl
Die Landtagswahlen in Deutschland

Zum Nachdenken:
Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes
Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe
Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

Apfelsaft

naturrein und ungegoren,
hervorragend zur Frühjahrskur,
bestes Tafelgetränk

10 Flaschen RM 5,40
Versand per Bahn

Frischkost-
Reformhaus
Magdeburg
O. v. Guerickestraße 104

Erstklassige Maßarbeit

Herren-Anzüge • Damen-Mäntel
Mäntel • Kostüme

III Tadelloser Sitz III

Schönheit

Magdeburg, Otto v. Guerickestraße 104, H. r. I.
Stoffmuster vorrätig.

WAHN-EUROPA 1934

Schöner Ganzleinenband. Preis M. 4,80
(oder 8 Wochenraten zu M. 0,60)

A. H. Timmermann / Hamburg 24
Barossastraße 8. Postcheck: Hamburg 83167

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in
allen Preislagen

Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40
Verlangen Sie Angebote

Freunde
und Leser des
„Funken“!

Unterstützt
Eure
Zeitung!

Werktätigen!
Sammelt Anzeigen!
Bevorzugt bei Einliefern
unsere Inserenten!

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat
für moderne Literatur
Kataloge und Auskunft gratis!

Ahasvers

Wanderung und Wandlung

Ein Märchenroman von Heinrich Nelson.

337 Seiten. M. 1,—.

Wer in ein paar Stunden durch die Weltgeschichte wandern will, der greife zu diesem Buch, von dem die „Deutsche Wochenzeitung für die Niederlande“ vom 15. November 1924 sagt:

„In dem vorliegenden Buche wird die alte Legende vom ewigen Juden neu umgestaltet. Mit einem enormen Wissen, ohne irgend welchen Gelehrtenstolz, schildert der Verfasser verschiedene Momente, in denen seine Phantasie Ahasver eine Rolle spielen läßt. Mehr als literarische Bedeutung hat daher dieses Werk mit seinen scharfsinnigen, originellen historischen Auffassungen, meines Erachtens wissenschaftlichen Wert.“

Verlag „Orientliches Leben“, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Utopie oder Wissenschaft?

Bg. Im „Funken“ wurde mehrfach auf die Notwendigkeit einer Revision der marxistischen Prinzipien hingewiesen. Daß es freilich mit der bloßen Ablehnung des „Marxismus“ noch nicht getan ist, beweist die Schrift von W. ZELTNER: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Utopie“ (Jena 1932), in der zwar mehrere richtige Gedanken, daneben aber auch viel Oberflächlichkeit enthalten ist. Diese Schrift, die auf dem Boden des „Bundes entschiedener Schulreformer“ steht, kämpft, wie PAUL OESTREICH im Vorwort sagt,

„für die totale Reifwerdung jedes Einzelnen zur Totalität, deshalb ist uns ‚Sozialismus‘ die Wehrhaftmachung jedes Einzelnen und der Gesamtheit gegen die eigenen antisolidarischen Mehrbetriebe, deshalb wird uns Sozialismus zur ‚Religiosierung‘! Und deshalb lassen wir WALDEMAR ZELTNER hier mit der Bestrahlung der Gespenster beginnen!“

Die ZELTNERschen Strahlen bringen nicht mehr Licht als die Worte OESTREICHs; sie wollen es aber anscheinend auch nicht, denn der Verfasser sagt ausdrücklich: Auf wissenschaftlichkeit erhebe ich keinen Anspruch. Denn das scheint ihm „nicht grundlegend wichtig“. Die Resultate des Marxismus „sind für uns falsch, weil sie uns nicht genehm sind“. Erfreulicher Weise ist ZELTNER wenigstens so inkonsequent, den Verzicht auf Wissenschaftlichkeit, also — kurz gesagt — den Verzicht auf Gründe, selber wieder beiseite zu schieben, indem er Gründe für seine Unwissenschaftlichkeit vorzubringen sucht. Das mißlingt ihm allerdings. Sein Hinweis auf den Ausspruch eines berühmten Mathematikers:

„Ich habe das Ergebnis schon, nur weiß ich noch nicht, wie ich dazu komme“, beweist zwar, daß der Mathematiker sich einer „intuitiven Schau“, einfacher gesagt: des Wahrheitsgefühls, bedient, aber der Ausspruch beweist doch auch, daß der Mathematiker sich nicht mit dem Wahrheitsgefühl begnügt, sondern unbefriedigt bleibt, solange die vollständige wissenschaftliche Begründung fehlt.

Das tolle Unternehmen eines wissenschaftlichen Beweises für die Belanglosigkeit der Wissenschaft ist also glücklicher Weise daran gescheitert, daß ZELTNERs Gründe das Gegenteil beweisen, was sie beweisen sollen. Das hat für ZELTNER immerhin den Vorteil, daß wir seine Ansichten, obwohl sie uns „nicht genehm sind“, nicht einfach durch den Hinweis auf unsere eigene „intuitive Schau“ abtun dürfen.

ZELTNER wendet sich gegen die Voraussetzung von DARWIN und MARX, daß die Veränderungen in der Natur und damit auch die Veränderungen in der menschlichen Gesellschaft unter Naturgesetzen stehen, daß also für sie das Kausalitätsgesetz gültig ist. (Dieses Gesetz besagt, daß jede Veränderung durch Umstände des vorhergehenden Geschehens eindeutig, nach Gesetzen, bestimmt ist.) In der Anerkennung der Gültigkeit dieses Gesetzes für die menschliche Gesellschaft liegt eine der wertvollsten Erkenntnisse der MARXschen Lehre. Der utopische Sozialismus vor MARX konnte noch, in Unkenntnis der Gesetzmäßigkeit des gesellschaftlichen Geschehens, hoffen, das Recht werde sich von selber durchsetzen. Dieser utopische Sozialismus konnte der Arbeiterschaft nicht sagen, welche Mittel angewandt werden müssen, um gesellschaftliche Veränderungen hervorzurufen. Freilich sind MARX Fehler unterlaufen bei der Feststellung der gesellschaftlich wirksamen Kräfte (so vor allem die Ueberschätzung der materiellen Interessen und der Produktionsverhältnisse.) Wer aber darum den Gedanken der strengen Gesetzmäßigkeit gesellschaftlicher Veränderungen verwirft, kehrt in der Tat zu den Utopisten zurück, und wir wollen daher gern anerkennen, daß ZELTNER wenigstens das hält, was er in dem Titel seiner Schrift verspricht.

delikat, aber ich werde sie trotzdem erzählen. Zwischen den Rauchern und Nichtraucherern herrschte ein ständiger Kampf um eine gewisse Räumlichkeit im Waggon. Im Coupé konnten wir nicht rauchen wegen des kleinen vierjährigen ROBERTS und wegen ILJITSCH, der es nicht vertrug. Daher versuchten die Raucher, sich einen Raum als Rauchsalon einzurichten, der gewöhnlich anderen Zwecken diene. Vor diesem Raum herrschte daher eine ununterbrochene Volksansammlung und Zänkerei. ILJITSCH schnitt darauf ein Blatt Papier entzwei und verteilte Passierscheine. Auf je drei Billets der Kategorie A zur gesetzlichen Benützung der Räumlichkeit trat ein Raucherbillet. Das rief natürlich neue Diskussionen über den Wert der menschlichen Bedürfnisse hervor und wir bedauerten lebhaft, daß Genosse BUCHARIN nicht bei uns war, als Spezialist in der Theorie BÖHM-BAWERKS über die Grenzen des Nützlichen.

Ich glaube, in Karlsruhe, teilte uns PLATTEN mit, daß sich das Mitglied der deutschen Gewerkschaftskommission JANSON im Zuge befinde und uns Grüße von LEGIEN und den deutschen Gewerkschaften bringe. ILJITSCH trug auf, ihn „zu des Teufels Großmutter“ zu jagen, und weigerte sich, ihn zu empfangen. Da JANSON mich kannte, und ich in meiner Eigenschaft als Oesterreicher als blinder Passagier mitfuhr, fürchteten die Genossen, meine Reise möchte bekannt werden. Sichtlich war es mir von Anfang an beschieden, dem Genossen TSCHITSCHERIN bei seinen diplomatischen Beziehungen zu Deutschland Schwierigkeiten zu bereiten. Man versteckte mich also in dem Coupé, in dem sich das Gepäck befand und überließ mir als Proviant ungefähr fünfzig Zeitungen, damit ich mich still verhielte und keinen Skandal machte. Der arme JANSON wurde von PLATTEN in den Waggon der uns begleitenden deutschen Offiziere geschickt. Trotz dieser Ohrfeige war er sehr um uns bemüht, kaufte auf jeder Station für uns die deutschen Zeitungen und war gekränkt, als PLATTEN sie ihm ersetzte. In Frankfurt hatte der Zug längeren Aufenthalt, der Perron war militärisch abgesperrt. Plötzlich wurde die Postenkette durchbrochen: deutsche Soldaten kamen herbeigestürzt. Sie hatten von der Durchreise russischer Revolutionäre gehört, die für den Frieden eintraten. Jeder von ihnen hielt in beiden Händen einen Krug Bier. Erregt fragten sie uns aus, ob und wann der Frieden käme. Diese Stimmung sagte uns über die Lage mehr, als für die deutsche Regierung nützlich war. Der Vorfall war umso charakteristischer, als

Die Rückkehr zum Utopismus versucht ZELTNER durch einige Zitate von Physikern zu rechtfertigen. Vergeblich! Einmal prüft er gar nicht, ob diese Zitate wirklich beweisen, daß die Gesellschaft nicht unter Gesetzen steht, und zweitens vergißt er zu erwähnen, daß man diesen Zitaten auch ganz andere gegenüber stellen kann.

ZELTNER meint, beim Menschen träten „an Stelle der Kausalität die Ziel- und Zweckbezogenheit“. In Wahrheit schließen Kausalität und Zweckbezogenheit einander gar nicht aus. Im Gegenteil: eine wichtige Voraussetzung dafür, daß wir zweckmäßig handeln können, ist die Geltung der Kausalität. Wie sollte man zweckmäßig handeln können, wenn nicht vorausgesetzt werden könnte, daß die von uns angewandten Mittel auf Grund kausaler Naturgesetze mit Notwendigkeit eine bestimmte Wirkung hervorrufen?

ZELTNERs Utopismus hat also in der Tat die verheerende Konsequenz, daß jede Ueberlegung, welche Mittel wir anwenden müssen, um den Sozialismus herbeizuführen, zwecklos wird. ZELTNERs Theorie hat also, ebenso wie die von ihm bekämpfte MARXsche Theorie (nach der Sozialismus unvermeidlich kommt), für klug handelnde Menschen die Wirkung, nicht mehr für den Sozialismus zu arbeiten.

Nach MARX ist das überflüssig, nach ZELTNER unmöglich.

Wie wir aus dieser Schwierigkeit herauskommen, soll hier nicht gezeigt werden. Ich verweise auf NELSONs Schrift: „Die bessere Sicherheit.“ (Verlag „Öffentliches Leben“. Berlin. Preis 40 Pf.)

Richtig ist an ZELTNERs Ausführungen vor allem die Ansicht, daß das Bewußtsein nicht durch das gesellschaftliche Sein allein bestimmt wird. Richtig ist auch, daß der bloße Appell an die materiellen Interessen nicht hinreicht, um die Herbeiführung des Sozialismus zu sichern, und daß die sozialistische Praxis oft gerade daran gelitten hat, daß man es infolge der marxistischen Theorie nicht vermochte, persönliche Interessen, die dem Kampf entgegenstanden, durch ethische Motive zu überwinden.

Wer aber so oberflächlich arbeitet wie ZELTNER, ist mitschuldig daran, daß diese Erkenntnisse nicht die erwünschte Beachtung finden.

Im übrigen wäre es erfreulich, wenn ein Mensch, der, wie Professor OESTREICH einen „Bund entschiedener Schulreformer“ leitet, und der viel von Religion und vom Ethos spricht, so schriebe, daß ihn nicht nur „entschiedene Schulreformer“ und Professoren verstehen. Daß OESTREICH dies nicht tut, beweisen neben den eingangs zitierten Sätzen auch die Worte (aus der Einleitung zu ZELTNERs Schrift): „Wir ‚entschiedenen Schulreformer‘ sehen den Sozialismus, der Kultur bedeutet, so weit heraufkommen, als seine Urkraft nicht ‚Darwinismus‘ (denn das Tier ist keines Sozialismus fähig), nicht ‚Wissenschaft‘ (die nur die Grenzen aufdecken, die klug machen kann) ist, sondern Selbstzügelung zum Solidaritätsoffer, Wille zur solidarischen Bescheidung (in der Fülle der Totalität).“

Wer so schreibt, wird keine entschiedene Schulreform herbeiführen, sondern nur eine Bestätigung für OESTREICHs Satz:

„Die ‚Schriftgelehrten‘ haben die Welt noch nie gebessert!“

Bund Entschiedener Schulreformer. Dienstag, 19. April 1932, 19.30 Uhr, Augusta-Schule, Berlin, Elsholzstr. 34-37. Dr. med. MARTIN GUMPERT spricht über: „Das hüßliche Kind wird schön“. Jedermann eingeladen!

DFV In der Presse wurde berichtet, daß der Vorsitzende des Deutschen Friedenverbandes auf der Landesliste der SPD zum Preussischen Landtag kandidiere. Wir können hierzu mitteilen, daß Genosse SIEVERS die Kandidatur abgelehnt hat.

die Soldaten sämtlich Scheidemänner waren. Sonst sahen wir auf der ganzen Reise niemanden mehr. Der Berliner Perron war polizeilich abgesperrt. So fuhren wir bis Saßnitz durch, wo wir den schwedischen Dampfer bestiegen. Hier forderte man von uns die Erfüllung der gewöhnlichen Formalitäten, die Ausfüllung eines Fragebogens. ILJITSCH witterte darin eine Falle und trug uns auf, Pseudonyme einzutragen, was später zu einem komischen Mißverständnis führte. Die Funkstation des Dampfers nahm eine Anfrage unseres Genossen GANETZKI aus Trolleborg auf, ob sich ein ULJANOW auf dem Schiffe befände. Der Kapitän wußte aus dem Fragebogen, daß ein ULJANOW nicht mitfahre, aber auf jeden Fall fragte er, ob sich nicht zufällig doch ein Herr ULJANOW unter uns befände. ILJITSCH schwankte lange, bis er endlich gestand, daß er es sei; GANETZKI wurde nun von unserem Nahen benachrichtigt.

In Trolleborg machten wir einen „erschütternden“ Eindruck. GANETZKI lud uns alle zum Abendessen ein, dem nach schwedischer Sitte der „Smörgas“ voranght. Wir armen Leute, die wir in der Schweiz daran gewöhnt waren, einen Hering als Abendessen anzusehen, erblickten diesen riesigen Tisch mit der unendlichen Zahl von Vorspeisen, stürzten wie Heuschreckenschwärme darüber her und leerten ihn restlos zum unerhörten Erstaunen der Kellner, die am Smörgastisch nur zivilisierte Leute zu sehen gewöhnt waren. WLADIMIR ILJITSCH aß nichts. Er preßte GANETZKI aus und wollte von ihm alles über die russische Revolution erfahren — aber GANETZKI wußte nichts. Am nächsten Morgen trafen wir in Stockholm ein. Schwedische Genossen, Journalisten und Photographen erwarteten uns. Den schwedischen Genossen voran ging im Zylinder Dr. KARLSON, ein aufgeblasener Schwätzer, der inzwischen wieder glücklich von der Kommunistischen Partei in BRANTINGS Lager zurückgekehrt ist. Aber damals empfing er uns als der solideste der schwedischen Linkssozialisten und präsierte zusammen mit dem ehrlichen und sentimentalen Bürgermeister von Stockholm, LINDHAGEN, bei dem Frühstück, das uns zu Ehren gegeben wurde (Schweden zeichnet sich vor allen Ländern dadurch aus, daß man dort bei jedem Anlaß ein Frühstück veranstaltet, und wenn in Schweden die soziale Revolution kommt, so wird man zuerst ein Frühstück zu Ehren der abziehenden Bourgeoisie veranstalten und dann ein Frühstück zu Ehren der neuen revolutionären Regierung). Wahrscheinlich rief der Anblick

Ein Ministerpräsident, der keine Zinsen zahlen will.

z. Cauberra, 14. April.
Die Spannung zwischen der australischen Regierung und dem Ministerpräsidenten von Neusüdwest, LANG, hat sich verschärft. Der australische Ministerpräsident LYONS hat eine Sonderverordnung erlassen, die zur Gefangensetzung von LANG für sechs Monate berechtigt. LYONS hat erneut betont, daß die Bundesregierung in den letzten neun Monaten 1 769 000 Pfund für den Uebersee-Schuldendienst von Neusüdwest geleistet habe und gewillt sei, diese Summen restlos von Neusüdwest einzutreiben.

Die australische Regierung hat alle Banken aufgefordert, jegliche in ihrem Besitz befindlichen dem Staat Neusüdwest gehörenden Gelder an die Bundesbehörden auszuhandigen. Die Versuche der Bundesbeamten, sich in Sidney in den Besitz der nötigen Schriftstücke zu setzen, um die Einkommen-Steuererinnahmen beschlagnahmen zu können, sind bis jetzt mißlungen, da LANG das Steuerarchiv vollkommen verbarrikadiert hat. LYONS hat nun angekündigt, daß er auch die Einnahmen von Neusüdwest aus den Vergnügungs-, Totalisator- und Wettsteuern beschlagnahmen lassen werde.

Kirche und Geschäftemachen.

H. L. Das Evangelische Gemeindeamt Köln-Kalk schreibt („Kölner Stadtanzeiger“ Nr. 151, vom 24. März 1932), daß zwischen den katholischen und evangelischen Gemeinden der Stadt Köln ein Uebereinkommen getroffen worden ist, einmütig für die Heilighaltung des Fronleichnamfestes und des Karfreitags sich einzusetzen. Der Bericht des Gemeindeamtes beginnt mit den Worten:

„In einer konfessionell gemischten Gegend wie der unsere darf man mit Fug und Recht erwarten, daß die religiösen Gefühle und Ueberzeugungen der verschiedenen Konfessionen gegenseitig geachtet werden.“

Punkt 5 des Uebereinkommens lautet:
Die Bürger der Stadt Köln werden gebeten, „in gegenseitiger Achtung und im Interesse der Volksgemeinschaft den Ernst dieser Tage würdigen zu wollen.“

Große Worte sind es, die da gebraucht werden! Ernüchternd wirkt daher der Satz, mit dem der Bericht abschließt:

„In diesem Zusammenhang bitten wir die Geschäftsleute aus unserer Gemeinde, den obigen Abmachungen am Fronleichnamstage nachzukommen, wie wir umgekehrt von allen Kalkler Geschäftsleuten, die Wert darauf legen, evangelische Kunden zu haben, erwarten, daß sie am Karfreitag dasselbe tun.“

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

Berlin: (Bezirk Lichtenberg): Montag, 18. April, um 20 Uhr, Scharnwoberstr. 8a, bei Seibke. Thema: Neuer Lohnabbau. — Hitlergefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

(Bezirk Neukölln): Donnerstag, 21. April, um 20 Uhr, Restaurant Bob, Allerstr. 40 (Ecke Weisestr.). Thema: Neuer Lohnabbau — Hitlergefahr und Preußenwahl! Wen wählen wir?

Bremen: Mittwoch, den 20. April, um 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall 82 I. Thema: Sozialistische Marktwirtschaft! — Der Ausweg aus den Wirtschaftskrisen.

Leipzig: Sonnabend, 16. April, um 20 Uhr, Volkshaus, Zeitzer Str. 32. Thema: Die Niederlage der Arbeiterschaft bei der Reichspräsidentenwahl und deren Ursachen.

Freie Aussprache! Eintritt freil!

Magdeburg: Mittwoch, den 20. April, 20 Uhr, bei Bleck (früher Lüchtfeld), Knochenhauerufer 27-28. Thema: Arbeiterschaft und Wahlen. Redner: MARIA HODANN (Berlin). Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Für Erwerbslose 10 Pf.

unserer soliden schwedischen Genossen in uns den heftigen Wunsch wach, ILJITSCH möchte menschenähnlich aussehen. Wir redeten ihm zu, wenigstens neue Stiefel zu kaufen. Er reiste in Bergstiefeln mit ungeheuren Nägeln. Wenn er schon die Fußsteige der ekligen Schweizer Bourgeoisestädte mit diesen Stiefeln verderben wollte, erklärten wir ihm, müsse es ihm doch sein Gewissen verbieten, mit diesen Zerstörungswerkzeugen nach Petrograd zu fahren, wo es vielleicht überhaupt kein Trottoir mehr gab. Zusammen mit einem Kenner der örtlichen Sitten und Verhältnisse, dem jüdischen Arbeiter CHAPIN, begab ich mich mit ILJITSCH in ein Stockholmer Warenhaus. Dort kauften wir ILJITSCH Schuhe und setzten ihm zu, sich auch mit anderen Garderobestücken zu versehen. Er wehrte sich dagegen, so gut er konnte, und fragte uns, ob wir glaubten, er wolle in Petrograd einen Konfektionsladen eröffnen. Aber schließlich setzten wir unseren Willen durch und versorgten ihn auch mit einem Paar Hosen, die ich, als ich im Oktober nach Petersburg kam, an ihm auch wieder entdeckte, freilich in deformiertem Zustand, den sie unter dem Einfluß der russischen Revolution angenommen hatten. In Stockholm versuchte PARVUS im Namen des Zentralkomitees der deutschen Sozialdemokratie mit LENIN zusammenzutreffen, aber ILJITSCH weigerte sich nicht nur, ihn zu empfangen, sondern trug mir, WOROWSKI und HANETZKI auf, zusammen mit schwedischen Genossen diesen Versuch zu protokollieren. Der ganze Tag verging in Besprechungen, wir kehrten hin und her, aber vor der Abreise LENINS fand noch einmal eine wirkliche Beratung statt.

Der Augenblick der Abreise kam heran. Zusammen mit schwedischen Genossen und einem Teil der russischen Kolonie in Stockholm begaben wir uns vom Gasthof Regina aus zum Bahnhof. Als unsere Genossen bereits eingestiegen waren, nahm irgendein Russe den Hut ab und hielt eine Rede an ILJITSCH. Das Pathos zu Anfang der Rede, in der LENIN als „teurer Führer“ gefeiert wurde, veranlaßte ILJITSCH, sich ärgerlich aufzurichten, aber der Redner ging zum Angriff über. Der weitere Sinn seiner Ausführungen war etwa folgender: Sieh zu, teurer Führer, daß du in Petrograd keinen garstigen Unfug anrichtest. Die Verblüffung, mit der ILJITSCH den ersten schmeichehaften Phrasen der Rede zugehört hatte, wich einem listigen Lächeln. Der Zug setzte sich in Bewegung, und wir sahen noch einen Augenblick lang dieses Lächeln.

Sozialistische Planwirtschaft?

Heimann will „den wirklichen Gang der Geschichte mitdenken“.

„Die sozialistische Aktion.“ So heißt eine Schriftenreihe, als deren erste Nummer soeben die „Sozialistische Wirtschafts- und Arbeitsordnung“ von EDUARD HEIMANN erschien (Potsdam 1932). Es ist gewiß wünschenswert, ein Bild der zukünftigen Wirtschaftsordnung zu entwerfen, um feststellen zu können, welche sozialistischen Aktionen erforderlich sind zur Erreichung des aufgestellten Ziels. Nach der Ansicht HEIMANNs freilich ist ein solches Unternehmen keineswegs streng wissenschaftlich.

„Es ist ja“, so schreibt er als ein Anhänger des historischen Materialismus, eine Grundthese des wissenschaftlichen Sozialismus, „daß er nur den wirklichen Gang der Geschichte mitdenkt und der wachsenden Gestalt die Verfassung gibt. . . . Sozialismus ist die uns aus der Wirklichkeit selber erwachsende Überwindung der konkreten kapitalistischen Not.“ HEIMANN will kein „Idealbild des Sozialismus“ entwerfen; er glaubt, die Aufstellung von Idealen sei keine Angelegenheit der Wissenschaft, er will aber doch gern Zukunftspläne skizzieren und er will auch gern wissenschaftlich bleiben und darum beschränkt er sich auf die „unmittelbar vor uns liegende Strecke Weges“. Er verzichtet also selber darauf, „nur den wirklichen Gang der Geschichte“ mitzudenken. HEIMANN glaubt, er könne noch wissenschaftlich bleiben wenn er sich von der Vergangenheit nicht allzu sehr entfernt und sich deshalb auf die allernächste Zukunft beschränkt. Das ist freilich nichts für Gegner von Widersprüchen, die meinen, daß eine Sache entweder der Vergangenheit oder aber der Zukunft angehört und für die es daher unvereinbar ist, wenn jemand einerseits nur die geschichtliche Vergangenheit als Gegenstand der Wissenschaft bezeichnet und andererseits doch auch ein kleines Stückchen der Zukunft wissenschaftlich beleuchten möchte.

Durch diese Widersprüche wird HEIMANN nicht gestört, denn er ist, wie die „Dialektiker“ ein Feind des Entweder-Oder; vielmehr liebt er die Dialektik und haßt die strenge Logik; zu Ehren seiner Geliebten nimmt er gern einige Widersprüche in sein Gebäude auf. Wir wollen ihn nicht bei seinen Liebhabereien stören, er möge sich an den dialektischen Widersprüchen erfreuen. Uns interessiert mehr, wie denn nun HEIMANN über die Zukunft denkt. Hierbei werden wir freilich wieder so undialektisch sein, HEIMANNs Lehre nicht nur als einen unbestreitbaren Tatbestand des wirklichen Ganges der Geschichte zu registrieren, sondern wir wollen seine Auffassungen an unserem Idealbild vom Sozialismus kritisch beleuchten.

Was denkt Heimann über die Zukunft?

„Hauptsache ist . . . die Beseitigung der Klassenscheidung zwischen Privateigentümern und Eigentumslosen.“ Richtig!

Anerkennung verdient es auch, das HEIMANN schreibt: „Durch bloße bürokratische oder parlamentarische Einflüsse von außen wird nichts Durchgreifendes erreicht. Die unmittelbar in der Wirtschaft selber sitzenden Privatinteressen haben sich stets als überlegen erwiesen.“ Es ist gut, daß diese Erkenntnis sich auch bei Anhängern der Planwirtschaft allmählich Bahn bricht.

Überall hebt HEIMANN hervor, daß auch in der sozialistischen Wirtschaft der Markt bestehen bleiben muß. „Die Produktionsbetriebe würden also wie bisher von einander Rohstoffe und Halbzeug kaufen und an einander verkaufen; sie würden sich auf dem Arbeitsmarkt Arbeitskräfte und auf dem Kapitalmarkt Kredite beschaffen.“ In einigen interessanten Abschnitten über Preisbildung, Buchführung und Geldrechnung schreibt HEIMANN: „Damit richtige, objektiv gültige Preise einander gegenübergestellt werden, müssen natürlich die Mitglieder der einzelnen Betriebe am Geschäftserfolg interessiert sein.“ — „Mit anderen Worten: es muß auch in einer sozialistischen Wirtschaft gewirtschaftet werden.“

Sehr erfreulich ist das, was HEIMANN über die Bauernwirtschaft sagt. Es kommt „einfach nicht in Frage, die Bauern zu enteignen. Der Kleinbetrieb hat sich gehalten und ist sogar in allmählichem Vordringen auf Kosten des Großbetriebes. Daß es überhaupt noch ländliche Großbetriebe gibt, hat mit wirtschaftlicher Überlegenheit nichts zu tun.“ Traurig ist nur, daß man nach HEIMANN, um zu diesem auch von uns beglückten Ergebnis zu kommen, sich erst „klar“ machen muß, „daß der Bauer in Wahrheit nicht Privateigentümer ist, obgleich er sich und anderen heute als Privateigentümer erscheint!“ Das Urteil über einen Schriftsteller, der erst alles auf den Kopf stellt, um zu richtigen Ergebnissen zu kommen, ist eigentlich schon gesprochen. Doch weiter:

Warum Planwirtschaft?

Nach all diesen richtigen Feststellungen und Forderungen, die von den Anhängern des Kollektivismus sorgsam beachtet werden sollten, fragt man sich: Warum eigentlich Planwirtschaft? Die Antwort erhalten wir im zweiten Teil der Schrift. HEIMANN behauptet dort nämlich: „Eine sozialistische Konkurrenzwirtschaft des bisher beschriebenen Typus (mit Gemeineigentum an den Produktionsmitteln. Bg.) wäre grundsätzlich genau so der Krisengefahr ausgesetzt wie die heutige Wirtschaft.“ Für diese Behauptung fehlt jeder Beweis. Von einer sozialistischen Konkurrenzwirtschaft mit Privateigentum an den Produktionsmitteln redet HEIMANN übrigens überhaupt nicht.

Wir stimmen ihm zu, wenn er schreibt: „Soweit die Konkurrenz durchgreift, muß dieser Prozeß (der Rationalisierung) auf die Dauer der allgemeinen Versorgung zugute kommen, indem er aus einem gegebenen Produktionsumfang reichlichere und billigere Güterangebote auf den Markt bringt. Daß die kapitalistische Periode die an Menschenzahl ungeheuer wachsenden kapitalistischen Völker immer reichlicher mit Gütern ausgestattet hat, . . . das wird nicht mehr ernsthaft bestritten.“ Nun das Aber: Der Kapitalismus kann die „Rationalisierung doch grundsätzlich nur durch die Krisenkatastrophe hindurch erzwingen.“ (Nebenbei: Beweist das irgend etwas in bezug auf die sozialistische Konkurrenzwirtschaft?)

Für HEIMANN besteht „kein Zweifel“, daß die kapitalistische Rationalisierung „der allgemeinste und Haupterkklärungsgrund . . . auch der gegenwärtigen Wirtschaftsnot ist.“ Zwar muß er zugeben, „daß schon die Statistik . . . eine

dauernde Erweiterung des Fassungsraumes für Arbeit zeigt, während doch die gesamte technische Entwicklung des Kapitalismus seit ihren Anfängen und nicht etwa erst seit zwei Jahren immer wieder Menschenarbeit durch Maschinenarbeit verdrängt.“

Wie hilft sich HEIMANN aus den Schwierigkeiten? „Es muß gezeigt werden, warum die Verdrängung früher geringere und die aufsaugende Kapitalbildung größere Ausmaße hatte als jetzt. In der Frage liegt schon die Antwort. Der arbeitsverdrängende technische Fortschritt hat in früheren Konjunkturperioden immer nur begrenzte Wirtschaftsbezirke in entscheidender Weise erfaßt. . . . Heute steht den Hemmungen der Kapitalbildung und der richtigen Kapitalverwendung in aller Welt das wahrhaft explosive Ausmaß eines technischen Fortschritts gegenüber, der alle Wirtschaftszweige gleichermaßen revolutioniert und wie eine Elementarkatastrophe über die Länder und Kontinente dahinbraust.“

Diese Erklärung ist durchaus unzureichend. Es ist doch keineswegs so, daß das Ausmaß der verdrängenden und der aufsaugenden Faktoren von einander unabhängig ist. Die Aufsaugung wird doch während der kapitalistischen Entwicklung letzten Endes durch die gleichen technischen Fortschritte möglich, die auch die Verdrängung bedingen. Wo also technische Fortschritte erzielt werden, muß nicht nur die Verdrängung zunehmen, sondern es kann auch eine größere Aufsaugung stattfinden. Sie kann zunehmen; sie muß es nicht. Sie wird dann ausbleiben, wenn die Marktwirtschaft von Monopolen durchsetzt ist und daher die Kaufkraft der

Massen nicht in dem Maße steigt, wie es die technischen Fortschritte ohne Monopolwirtschaft ermöglichen würden. Das übersieht HEIMANN, und daher ist die „monopolistische Versteinerung“ etwas, was seiner Meinung nach zu den Krisengründen nur noch binzutritt.

Darum also braucht HEIMANN eine Planwirtschaft. „Aus dem Krisengrund in der kapitalistischen Rationalisierung ergibt sich der Ruf nach der Rettung durch Planmäßigkeit.“ HEIMANN hat durchaus einen Blick für wirtschaftliche Möglichkeiten: „Zwar bleibt der Einwand gegen die Planmäßigkeit immer bestehen, daß sie als solche keine Gewähr für die Vermeidung der Fehler leisten kann, weil man ja erst wissen muß, ob der Plan auch richtig und sachgemäß ist.“ Aber, meint er weiter, „wenn der Plan sicherlich fehlerhaft sein kann, so rechtfertigt das keineswegs den Zustand grundsätzlicher Planlosigkeit, die eben unter allen Umständen fehlerhaft ausschlagen muß.“

Warum eine Wirtschaft, in der man sich nicht nach einem Plan richtet, notwendig fehlschlagen muß, sagt HEIMANN nicht. Er müßte sorgfältig nachprüfen, ob nicht eine Wirtschaft, in der es keine Monopole gibt, den Zwecken der Menschen viel besser dient, als eine Wirtschaft, die sich nach einem künstlich aufgestellten Plan richtet. Wenn wir die Wirtschaft dem Menschen dienstbar machen wollen, kommt es doch nicht so sehr darauf an, aus welchen Gründen die Menschen wirtschaften, sondern es kommt vielmehr darauf an, mit welchem Erfolg die Menschen wirtschaften.

Bg.

Französische Eisenbahnen in der Krise.

Sämtliche sieben französischen Eisenbahnen haben im Jahre 1931 mit Verlusten abgeschlossen, die sich zur Hauptsache aus einer unvernünftigen Steigerung der Ausgaben erklären. Die Gesamtverluste im Jahre 1931 betragen über 2,5 Milliarden Mark. Davon entfällt auf die Staatseisenbahnen rund 1 Milliarde. Die Verluste der Staatsbahnen sind größer als die der Privatgesellschaften, gerechnet per Kilometer der im Betriebe befindlichen Linien. Dies geht aus der folgenden Tabelle hervor, in der die Staatseisenbahnen sowohl die alten französischen Staatsbahnen als auch die elsass-lothringischen Eisenbahnen umfassen.

Bahnen	Verluste 1931	
	Insgesamt (in Millionen) Francs	per km (in Tausend) Francs
Staat:		
altes Frankreich	734	80
Elsass-Lothringen	219	95
Privatgesellschaften:		
Osten	189	37
Norden	293	76
Orleans	159	21
Süden	290	67
Paris-Lyon-Mittelmeer	696	70

Übrigens waren auch in den vorhergehenden Jahren die Verluste der meisten Bahnen beträchtlich: Die Staatsbahnen im alten Frankreich und die Südbahn haben seit 1928 in jedem Jahre ohne Ausnahme hohe Verluste gehabt. Die Gesamtverluste der Staatsbahnen seit jenem Jahre betragen rund 2 Milliarden Francs.

Warum die Staatsbahnen besonders schlecht abgeschnitten haben, wird offensichtlich, wenn wir uns einige der Gründe für die schlechte Finanzlage der französischen Eisenbahnen ansehen. Im Vergleich zur Vorkriegszeit war die Zahl der auf

französischen Eisenbahnen durchfahrenen Zugkilometer in letzter Zeit geringer, dagegen die Zahl der Wagen und Lokomotiven größer. Reparaturen sind in viel größerem Umfang vorgenommen worden als vor 1914. Die Direktorengehälter sind außerordentlich gesteigert worden (auf 500 000 Francs im Durchschnitt, gegenüber 8600 Francs Durchschnittslohn der Eisenbahner). Wegen all dieser Mehrausgaben sind die neu aufgenommenen Anleihen erheblich gestiegen: von 1,3 Milliarden im Jahre 1921 (in Francs von heute gerechnet) auf 3,4 Milliarden im Jahre 1929. Dies alles sind Mängel, die sich bei den Staatsbahnen leichter und in größerem Umfang herausbilden als bei Privatbahnen.

Eine andere Ursache für Verluste, die sich ebenfalls bei Staatsbahnen leicht einstellt, ist die Ausgabe von Freifahrkarten und Karten zu halben Preisen an alle möglichen Personenkreise (jetzt, in der Zeit vor den Wahlen, können fast alle Lehrer in Frankreich auf den Staatsbahnen zu halben Preisen fahren, eines der bekanntesten Mittel der amtlichen Wahlbeeinflussung).

Auch von der Zunahme der Brennstoffkosten (die 1929 rund 700 Prozent der Kosten des Jahres 1913 ausmachten, obwohl der Franc nur auf ein Fünftel seines damaligen Goldwertes gefallen ist), werden die Staatsbahnen außerordentlich stark betroffen. Ein Beispiel hat die Regierung sich verpflichtet, fast nur französische Kohle zu verwenden. Ein Teil des Deckungs der Staatsbahnen erklärt sich somit aus den Subventionen an die Schwerindustrie. Die unnatürliche Vergrößerung des rollenden Materials stellt überdies auch eine solche Subvention dar.

Diese Finanzwirtschaft der Eisenbahnen — auch der Privatbahnen — ist ein getreues Bild der Finanzwirtschaft des französischen Staates, der an manchen Stellen große Summen für Subventionen u. s. w. in unvernünftiger Weise ausgibt. Sie ist insofern typisch für die Lage der öffentlichen Finanzen. Gerhard Kumleben.

Noch Immer

Kreuger-Überraschungen.

Das Sündenregister IVAR KREUGERS ist noch immer nicht abgeschlossen: Wir meldeten in Nr. 86, daß KREUGER Wertpapiere doppelt beliehen hat. Wie jetzt gemeldet wird, hat er diese Papiere, die zunächst bei der amerikanischen Tochtergesellschaft des KREUGER-Konzerns deponiert und beliehen wurden, im Eintausch gegen italienische Staatsobligationen nach Schweden genommen, die KREUGER selber hat drucken lassen, die also gefälscht waren.

ENGLAND

Außenhandel: Die englische Einfuhr ist gesunken von 70 Millionen Pfund im Februar auf 61 Millionen Pfund im März. Die Ausfuhr ist gestiegen von 30 Millionen Pfund im Februar auf 31 Millionen Pfund im März. — Die Ausfuhr an Baumwolltextilwaren zeigt im Vergleich zum März des Vorjahres eine Erhöhung um 1 Million Pfund.

Textil-Außenhandel: Die Wirkung der neuen Zölle und der Pfundentwertung prägt sich besonders deutlich in den Veränderungen der Ein- und Ausfuhr von Textilwaren aus.

Die Einfuhr ist im Verlaufe eines Jahres folgendermaßen zusammengeschrumpft:

	März 1931	März 1932
	in 1000 Pfund	
Baumwolltextilwaren	737	78
Wolltextilwaren	1 209	146
Seidentextilwaren	899	439
Sonstige Textilwaren	1 269	887
Kleidung	1 951	592
	6 065	2 142

Dagegen konnte sich die Ausfuhr — selbst bei Rechnung in dem heute um 20 Prozent entwerteten Pfund vergrößern:

	März 1931	März 1932
	in 1000 Pfund	
Baumwolltextilwaren	4 882	5 861
Wolltextilwaren	2 092	2 018
Seidentextilwaren	107	80
Sonstige Textilwaren	1 133	1 164
Kleidung	1 450	1 205
	9 664	10 328

DEUTSCHLAND

Rohisen- und Rohstahlgewinnung: Die Roheisengewinnung ist gesunken von 330 000 Tonnen im Februar auf 314 000 Tonnen im März. Die Rohstahlgewinnung ist zurückgegangen von 448 000 Tonnen im Februar auf 435 000 Tonnen im März. Die diesjährige März-Produktion an Rohstahl beträgt fast nur die Hälfte der vorjährigen (813 000 Tonnen).

Konsumvereine: Die GEG (Großeinkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine in Hamburg) hat 1931 rund 428 Millionen Mark umgesetzt, 13,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Mengenmäßig beträgt der Rückgang nach der Statistik über 60 Hauptartikel nur 1,4 Prozent. Der Umsatz der Eigenproduktion konnte sogar gesteigert werden von 138 Millionen Mark im Vorjahr auf 145 Millionen Mark.

Subventionen für Konsumgenossenschaften: Der Zentralverband deutscher Konsumvereine in Hamburg und der Reichsverband deutscher Konsumvereine in Köln haben die Reichsregierung um eine Subvention in Höhe von 15 Millionen Mark gebeten, um die in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Konsumvereine zu unterstützen.

Adam Opel A.G.: Die Familie Opel besaß bis vor kurzem noch 20 Prozent der Aktien der Opel A.G. — Sie hat vor etwa drei Monaten auch diese Aktien der General Motors Gesellschaft im Austausch gegen Aktien dieser Firma gegeben, wie eben aus einem Bericht der General Motors Gesellschaft bekannt wird. — Vor einigen Wochen wurde von der Verwaltung der Adam Opel A.G. erklärt, ihr seien Veränderungen im Besitz der Familie OPHEL an Opel-Aktien nicht bekannt. So lügen sie!

POLEN

Ausfuhrförderung durch Ausfuhrprämien: In den Staatshaushaltsjahren 1929/30, 1930/31 und 1931/32 hat die polnische Staatskasse insgesamt 152 Millionen Zlotys (72 Millionen Mark) Ausfuhrprämien gezahlt. Durch diese Prämien wurde nach den Berechnungen des Handelsministeriums ein Export von 522 Millionen Zlotys ermöglicht, das sind 32 Prozent der gesamten polnischen Ausfuhr.

Der polnische Kohlenexport ist gestiegen von 631 000 Tonnen im Februar auf 729 000 Tonnen im März. Die Erhöhung der Ausfuhr ist auf größere Lieferungen nach Italien, Frankreich und Belgien zurückzuführen.